



NEWSLETTER

06.01.2024

Der Wochenüberblick vom Samstag für Schweinehalter

Entwaldungsfreies Soja, 20.12.2023

Ab 1. Januar 2024 sind die QS-zertifizierten Unternehmen verpflichtet, ausschließlich Futtermittel zu vertreiben, die dem QS-Sojaplus-Standard genügen. Damit ermöglicht QS der gesamten Produktionskette für Fleisch und Fleischwaren, auf den Einsatz von nachhaltiger erzeugtem Soja zu verweisen. QS-Systempartner vermarkten zukünftig nur noch Fleisch und Fleischprodukte, die von Tieren stammen, deren Futter, wenn es Soja enthält, konform ist mit dem Modul QS-Sojaplus. Die freiwillige Übergangsfrist endet zum 31.12.2023. [...]

Die Zertifizierung des nachhaltigen Sojabohnenanbaus bezieht sich auf die etablierte FEAC-Soy Sourcing Guideline. Sie beinhaltet 73 Nachhaltigkeitskriterien, die soziale, ökonomische und ökologische Aspekte im Sojaanbau vor Ort berücksichtigen. Damit unterscheidet sich das Modul QS-Sojaplus deutlich von den Anforderungen der EU-Verordnung. Diese setzt im Fokus auf Entwaldungsfreiheit – einen Teilaspekt der Nachhaltigkeitskriterien. Selbstverständlich wird auch das Soja im QS-System dann ab 30.12.2024 den Anforderungen der EU-Richtlinie entsprechen und nachweislich entwaldungsfrei sein.

Aktuell sind weltweit noch nicht die benötigten Mengen an Sojabohnen aus nachhaltigem Anbau gemäß den QS-Sojaplus Anforderungen physisch für den Einsatz in Futtermitteln verfügbar. Deshalb können Futtermittelunternehmen im QS-System auch Sojabohnen aus noch nicht nachhaltig zertifiziertem Anbau beziehen und verarbeiten, müssen diese dann aber über den Kauf von Credits (book & claim) ausgleichen. Diese derzeit noch notwendige Übergangslösung geschieht immer mit dem Ziel, den nachhaltigeren Anbau weiter zu fördern und Rodungen sowie die Umwandlung schützenswerter Flächen wie Grasland, Feuchtgebiete, Sümpfe, Moore oder auch Savannen zu vermeiden, erläutert Spemann das Vorgehen im QS-System. Der Standardgeber QS hat dafür ein Zusatzmodul entworfen, welches sich an Futtermittelhersteller und -händler richtet.

Quelle: QS GmbH, gekürzt

Tönnies hebt Vorkosten an, 04.01.2023

Das Schlachtunternehmen Tönnies/Reisinger hat laut Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands (ISN) gestern den Viehvermarktern bzw. seinen Schweineeinsendern mitgeteilt, die Schlachthofvorkosten um 0,69 € pro Schwein anzuheben. Die Erhöhung soll ab dem 15.01.2024 gelten.

Als Gründe für diesen Anstieg würden erhebliche Steigerungen u.a. bei den Klassifizierungsgebühren und bei den Schlacht- und Fleischuntersuchungsgebühren, wie auch den Lohnkosten angeführt. Zudem würden „seit wenigen Wochen seitens der Behörden Kosten für die Routinekontrollen im Rahmen des Vieh- und Fleischgesetzes rückwirkend bis 2019 in Rechnung gestellt“.

ISN: Schlachthofvorkosten Relikt aus vergangenen Zeiten: Aus Sicht der ISN sind Schlachthofvorkosten jedoch ein Relikt aus vergangenen Zeiten und entsprechen nicht mehr der aktuell geltenden Rechtslage. Die Preisfeststellung für Schlachtschweine beziehe sich auf eine Anlieferung frei Schlachtstätte. Kosten, die durch Erfassung, Transport und Abrechnung des Viehvermarktungsunternehmens entstehen, also vor Anlieferung an den Schlachthof, könnten als Vorkosten in den Abrechnungen in Ansatz gebracht werden – Kosten, die auf dem Schlachthof entstehen, allerdings nicht. Sie müssten vom Schlachthof aus der Marge beglichen werden, wie es auch beim Großteil der Kosten (Schlachtkosten etc.) der Fall sei.

Auf die Schweinehalter kämen seitens der Viehvermarkter ohnehin Forderungen nach Weitergabe der gestiegenen Kosten auf Handelsebene (Steigerung der Maut, CO2-Bepreisung etc.) zu. „Jetzt hier seitens des Unternehmens Tönnies auch noch durch unberechtigte Kostenpositionen aufzuspringen, ist unangebracht. Hier könnte man zur Abwechslung auch mal die (unbestrittene) Kostensteigerung im Schlachthof im Fleischverkauf an den Lebensmitteleinzelhandel und die Fleischverarbeiter weitergeben. Nicht immer den scheinbar einfachsten Weg wählen!“, äußerte sich die ISN in einer Stellungnahme zum Thema.

Ihre Empfehlung: Viehvermarkter sollten die Rechnungsstellung von Schlachthofvorkosten je Tier in ihren Abrechnungsmodalitäten mit dem Unternehmen Tönnies im Rahmen der anstehenden Jahresgespräche nicht akzeptieren.

Quelle: topagrar.com

Auf die Einführung einer Kfz-Steuer für land- und forstwirtschaftliche Maschinen will die Bundesregierung nun doch verzichten. Das ist das Ergebnis einer Einigung von Bundeskanzler Olaf Scholz, Vizekanzler Dr. Robert Habeck und Bundesfinanzminister Christian Lindner vom heutigen Tag (4.1.). Nicht ganz verzichten will die Koalition jedoch auf die Abschaffung der Steuerbegünstigung beim Agrardiesel. Der Abbau soll lediglich nicht in einem Schritt vollzogen werden. Stattdessen plant die Bundesregierung eine schrittweise Reduzierung, um den Landwirten Zeit zur Anpassung zu geben.

Im Jahr 2024 erfolgt eine Reduzierung des Entlastungssatzes von 21,48 Cent/l um 40 %. In den Jahren 2025 und 2026 soll jeweils eine weitere Reduzierung um 30 % erfolgen, sodass für im Jahr 2026 verbrauchte Mengen keine Subvention mehr erfolgt. Die teilweise Rückvergütung der Energiesteuer für im Jahr 2023 verbrauchte Mengen im Jahr 2024 erfolgt unverändert.

Die Landwirte haben für Montag, 8. Januar 2024, eine Aktionswoche mit massiven Protesten gegen die von der Koalition ursprünglich geplanten Steuererhöhungen angekündigt.

Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir trat am Nachmittag kurzfristig vor die Presse. "Wir – SPD, Grüne und FDP – haben uns darauf geeinigt, dass die Kfz-Steuerbefreiung für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge wie bislang bestehen bleibt. Das grüne Nummernschild bleibt. Die überproportionale Belastung der Land- und Forstwirtschaft im Rahmen der notwendigen Haushaltskonsolidierung ist damit vom Tisch", sagte Özdemir.

Zur Wahrheit gehöre aber auch, dass es im Rahmen der Proteste auch Aktionen gegeben habe, die deutlich über das Ziel hinausgeschossen seien und sich in der demokratischen Auseinandersetzung nicht gehörten, so der Minister. Umso mehr dankte er all denjenigen, die ihren Unmut zwar klar, aber jederzeit friedlich und im Rahmen demokratischer Spielregeln kundgetan hätten.

Özdemir muss 100 Millionen Euro zusätzlich einsparen: Die Korrekturen der Koalitionsspitzen an den ursprünglichen Sparplänen führen dazu, dass der Bundeshaushalt 2024 um rund 2,5 Milliarden Euro weniger entlastet wird als zunächst angestrebt. Die niedrigeren Einsparungen sollen durch Einnahmen aus der Wind-Offshore-Ausschreibung und Haushaltsspielräume ausgeglichen werden. Allerdings wird auch Bundesminister Özdemir in seinem Ressort eine zusätzliche Einsparung erwirtschaften müssen. Die Einigung von Scholz, Habeck und Lindner sieht vor, dass im Haushalt des Bundesagrarministeriums 2024 zusätzlich 100 Millionen Euro eingespart werden. Wo diese Summe herkommen soll, darüber besagt der Kompromiss noch nichts. Möglich wären zum Beispiel weitere Einschnitt bei der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) oder beim Zuschuss zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung. Mitte Januar soll der Haushaltsausschuss des Bundestages die Pläne zur Haushaltskonsolidierung jedoch finalisieren. Spätestens dann muss klar sein, wo Minister Özdemir die 100 Millionen Euro einsparen muss.

Widerstand aus NRW, Niedersachsen und Bayern gegen abgeschwächte Sparpläne: Aus den Bundesländern gibt es allerdings schon jetzt auch gegen die reduzierten Einsparpläne Widerstand. Nordrhein-Westfalens Landwirtschaftsministerin Silke Gorißen fordert weiterhin die vollständige Rücknahme der Streichung der Agrardiesel-Vergütung. Ähnlich äußerte sich Bayerns Finanzminister Albert Füracker. Er sagte, die Abschaffung der Agrardiesel-Erstattung sei völlig inakzeptabel, auch als Stufenkonzept. Die Agrardiesel-Erstattung müsse dauerhaft erhalten bleiben.

Niedersachsens Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte nannte die Beibehaltung der Kfz-Steuerbefreiung einen großen Erfolg. Dass die Agrardieselbeihilfe nun in mehreren Schritten reduziert werden und bis 2027 ganz wegfallen solle, könne sie aber nicht zufriedenstellen. Aus ihrer Sicht ist dieser Zeitraum zu kurz, um bis dahin Alternativen zu entwickeln und ganz von den fossilen Brennstoffen wegzukommen.

Bauernverband hält Nachbesserungen für unzureichend: In einer ersten Reaktion bewertete DBV-Präsident Joachim Rukwied die Nachbesserungen der Bundesregierung bei den geplanten Kürzungen als unzureichend. „Dies kann nur ein erster Schritt sein. Unsere Position bleibt unverändert: Beide Kürzungsvorschläge müssen vom Tisch“, sagte Rukwied. Es gehe ganz klar auch um die Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft und um die Frage, ob heimische Lebensmittelerzeugung überhaupt noch gewünscht sei. An der Aktionswoche will der Bauernverband daher festhalten. Auch der Westfälisch-Lippische Verband hält an der Aktionswoche fest und bewertet die aktuellen Entwicklungen bei den Haushaltsplanungen der Bundesregierung als einen ersten Schritt in die

richtige Richtung. "Die geplante Beibehaltung der Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Kraftfahrzeuge begrüßen wir sehr. Dennoch bleibt es dabei, dass unsere landwirtschaftlichen Betriebe keine weiteren Einschnitte beim Agrardiesel hinnehmen können," heißt es in der Pressemitteilung

Quelle: agrarheute.com

AEF konkretisiert Ziel für CO₂-Fußabdruck, 02.01.2024

Auf die zunehmenden Forderungen des Lebensmitteleinzelhandels (LEH) nach Informationen über den CO₂-Fußabdruck in der Lieferkette hat das Agrar- und Ernährungsforum (AEF) mit einem eigenen Messprojekt für die Erzeugung von Schweinefleisch reagiert.

Das Agrar- und Ernährungsforum Oldenburger Münsterland hat den CO₂-Fußabdruck der regionalen Schweinehaltung im Rahmen eines Projekts mit der Goldschmaus-Gruppe und der GS Agri eG analysiert und ein Ziel für Verbesserungen vorgelegt. Wie der Verein vor Weihnachten in Vechta erklärte, belief sich der durchschnittliche Ausstoß auf 3,9 kg CO₂-Äquivalente/kg Schlachtgewicht (SG). Dies sei bereits deutlich weniger als der EU-Mittelwert von rund fünf kg CO₂-Äquivalenten/kg SG.

Als Ziel für die Verkleinerung des durchschnittlichen CO₂-Fußabdrucks hält das AEF 3,5 kg CO₂-Äquivalente/kg SG für realistisch. Dieses Niveau sei bereits von einem Projektteilnehmer erreicht worden. Wichtigste Stellschraube für die CO₂-Emissionen der Schweinehaltung sei der Futtermiteinsatz, erläuterte das AEF.

GS agri-Produktmanager Dirk Grote erklärte, dass sich der Ausstoß von Treibhausgasen (THG) mit einer an das Tier angepassten Phasenfütterung deutlich senken lasse. Als weiteren maßgeblichen Ansatzpunkt nannte das Forum das einzelbetriebliche Gülle-Management. „Wir wollen eine Versachlichung der gesellschaftlichen und politischen Diskussion.

Die Branche ist auf einem guten Weg und oftmals anderen Branchen schon einen Schritt voraus“, betonte der AEF-Vorsitzende Sven Guericke. Mit dem Projekt reagierte das AEF nach eigenen Angaben auf den zunehmenden Druck des Lebensmitteleinzelhandels auf die Lieferkette, den CO₂-Ausstoß ihrer Produkte und Verfahren abzubilden. Die Goldschmaus-Gruppe schlachtet nach eigenen Angaben jährlich rund 1,7 Millionen Schweine.

Quelle: fleischwirtschaft.de

In den Medien und der Werbung bekommt man vermittelt, dass die Verbraucher im großen Stil Vegetarier werden. Dass das in Wahrheit ein kleines Grüppchen bleibt, zeigt der DBV-Situationsbericht. Viele Menschen verzichten teilweise oder ganz auf Lebensmittel vom Tier. Die Anzahl der Menschen in Deutschland, die sich selbst als Vegetarier oder als Konsumenten einordnen, die weitgehend auf Fleisch verzichten, lag Mitte 2023 laut der Allensbacher Markt- und Werbeträger-Analyse unter 23.500 Bürgern im Alter ab 14 Jahren bei 8,1 Mio. Das sind gerade einmal 0,2 Mio. Personen mehr als ein Jahr zuvor, zeigt der aktuelle Situationsbericht des DBV.

Bei einer vegetarischen Ernährung bzw. Lebensweise wird typischerweise auf den Konsum von Fleisch sowie Fisch verzichtet. Die Anzahl der Menschen in Deutschland, die sich 2023 als Veganer oder Konsumenten mit weitgehendem Verzicht auf tierische Produkte einordnen, liegt bei 1,52 Mio.. Das sind sogar 40.000 oder fast 4 % weniger als noch ein Jahr zuvor. Bei einer veganen Ernährungsweise werden tierische Lebensmittel komplett vermieden: Neben Fleisch, Käse, Milch gilt das auch für Honig und Produkte mit Gelatine oder ähnlichen tierischen Inhaltsstoffen. Der Anteil an Befragten, die sich vegetarisch ernähren, liegt damit bei 11,6 %. Veganer machen in 2023 wie in 2022 rund 2,2 % der Bevölkerung aus.

Und was ist mit dem Veggie-Trend?: Laut GfK-Haushaltspanel gaben die privaten Haushalte 2022 rund 1,68 Mrd. € für vegetarische und vegane Alternativen zu Fleisch- und Milcherzeugnissen aus (gegenüber Vorjahr + 6 %). Dabei ist die Margarine als „Mutter aller pflanzenbasierten Alternativen“ nicht berücksichtigt. Auch Ei-Alternativen und Fisch sind nicht dabei. Die 2022 produzierten 104.300 t Fleischersatzprodukte waren gegenüber dem Vorjahr 7 % mehr. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes war damit ein Umsatz von 537 Mio. € verbunden (gegenüber Vorjahr + 17 %).

Trotz dieses Anstiegs fällt der Wert von Fleischersatzprodukten im Vergleich zu Fleischprodukten



Der globale Fleischmarkt wächst weiter – Geflügel rückt nach vorn, 01.01.2024

Während die Fleischerzeugung und der Verzehr weltweit steigen, sinkt der Verbrauch in Deutschland. Auch in der EU geht die Produktion zurück. OECD und FAO wagen einen Blick in die Zukunft. OECD und FAO prognostizieren für den Zehnjahreszeitraum bis 2032 ein Wachstum der globalen Fleischerzeugung von jährlich 1,0 %. In der zurückliegenden Dekade waren es 1,2 % Zuwachs pro Jahr. Höhere Inflation und gestiegene Kosten führen die Experten von OECD und FAO als Gründe für das etwas niedrigere Wachstum der Erzeugung an.

Überdurchschnittlich mit jährlich plus 1,3 % soll in dem Zehnjahreszeitraum bis 2032 die Erzeugung von Geflügel- und Schaffleisch ansteigen. Die Rindfleischerzeugung dagegen soll im Betrachtungszeitraum bis 2032 jährlich nur um 0,9 % wachsen, die von Schweinefleisch um jährlich 0,6 %, heißt es dazu im DBV-Situationsbericht.

Spitzenreiter wird nach diesen Prognosen 2032 Geflügelfleisch mit einem Marktanteil von 41 % an der globalen Fleischerzeugung sein, gefolgt von Schweinefleisch mit 34 %. Auf Rind- und Schaffleisch werden dieser Prognose zufolge rund 20 bzw. 5 % der Weltfleischerzeugung entfallen.

Weltfleischerzeugung steigt 2023 weiter an: Nach Schätzungen der FAO steigt die weltweite

Fleischproduktion 2023 gegenüber Vorjahr mit plus 0,8 % weiter an. Demnach dürfte sich die Erzeugung von Rinder-, Schaf-, Geflügel- und Schweinefleisch in 2023 auf insgesamt 365,2 Mio. t Schlachtgewicht (SG) belaufen.

Am stärksten fällt der Anstieg der Schaf- und Geflügelfleischerzeugung aus (+ 1,7 bzw. + 1,0 %). Weit verbreitete Tierkrankheiten und hohe Produktionskosten dämpften die Fleischerzeugung in 2023. Aufgrund gestiegener Inflation ist die Nachfrage nach Fleischimporten gegenüber dem Vorjahr um 0,8 % auf 41,4 Mio. t zurückgegangen.

Globale Fleischnachfrage wächst weiter: Die Nachfrage nach Getreide und anderen traditionellen Grundnahrungsmitteln wird sich weiter hin zu tierischen Nahrungsmitteln wie Fleisch, Fisch, Eiern und Milchprodukten verschieben. OECD und FAO gehen bei ihren Prognosen aus Mitte 2023 von einem weiter steigenden Fleisch-Pro-Kopf-Verbrauch aus, bis 2032 um 0,7 auf 28,8 kg (ohne Knochen) je Kopf der Weltbevölkerung. Dieser Verbrauchsanstieg ist ähnlich hoch wie im vorangegangenen Jahrzehnt und ist hauptsächlich auf den Anstieg des Konsums von Geflügelfleisch zurückzuführen.

Die weltweite Tendenz bei Verbrauchern, sensibler mit Tierschutz-, Umwelt- und Gesundheitsaspekten umzugehen, hat zu Verschiebungen in den Präferenzen bei den Fleischarten geführt und im Falle der EU sogar zu einem Rückgang des Pro-Kopf-Fleischkonsums. Für die EU wird eine fortlaufende Substitution von Rind- und Schweinefleisch durch Geflügelfleisch vorher-gesehen. Außerhalb Europas nimmt der Verbrauch von Schweinefleisch im nächsten Jahrzehnt nach Auffassung der Experten weiter zu.

Europäische Union ist weltweit drittgrößter Fleischerzeuger: Die EU-27 ist mit rund 41,7 Mio. t in 2023 nach China (97,4 Mio. t) und den USA (48,8 Mio. t) der weltweit drittgrößte Fleischerzeuger. Differenziert nach Fleischarten entfallen von der Welt-Erzeugung des Jahres 2023 auf die EU-27 bei Schweinefleisch 17 %, bei Geflügel- und Rindfleisch jeweils 9 % sowie bei Schaf- und Ziegenfleisch gut 3 %. Der Selbstversorgungsgrad der EU-27 für Fleisch wird von der Europäischen Kommission für 2024 auf rund 113 % geschätzt, darunter von Rindfleisch auf 106 %, Schweinefleisch auf 120 %, Geflügelfleisch auf 108 % und Schaf-/Ziegenfleisch auf 87 %.

Rückläufige EU-Fleischerzeugung: Nach Angaben der Europäischen Kommission ist die EU-Fleischerzeugung weiter rückläufig. Für 2023 wird mit einem Erzeugungsrückgang von 3 % auf 41,7 Mio. t gerechnet. Mit Ausnahme von Geflügelfleisch sind vom Rückgang alle Fleischarten betroffen, besonders aber Schweinefleisch (minus 7 %). Die EU-Kommission erwartet für 2024 einen Anstieg der Fleischerzeugung, getrieben von Schweinefleisch. Andere Prognosen von Experten gehen jedoch von einem kleinen Minus der Fleischerzeugung in 2024 aus.

Auch der EU-Fleischkonsum geht zurück In der Europäischen Union geht der Pro-Kopf-Verzehr von Fleisch weiter zurück. Mit durchschnittlich 66,1 kg je Kopf der Bevölkerung bleibt der geschätzte Verbrauch für 2023 um 1,0 kg hinter dem Stand des Vorjahres zurück. Besonders deutlich fallen die Verbrauchsrückgänge in Dänemark und Deutschland aus, dabei liegt der deutsche Fleischkonsum deutlich unter dem europäischen Durchschnitt. Die größten Konsumenten sind Spanien und Portugal mit mehr als 80 kg Fleisch je Kopf und Jahr.

Für 2024 allerdings geht die Europäische Kommission im Durchschnitt der EU von einem Verzehrplus von 0,3 kg aus. Dieser leichte Verzehranstieg wird von einem höheren Pro-Kopf-Verzehr an Geflügel- und Schweinefleisch getragen. Dagegen nimmt der Verzehr an Rindfleisch ab und der Verzehr von Schaf- und Ziegenfleisch bleibt unverändert.

Ferkel VEZG

25 kg Notierung / 200er Gruppe

Aktuelle Woche: 73,00 EUR

(08.01.24 - 14.01.2024)

Vorwoche: 73,00 EUR

Mastschweine VEZG

Basispreis je kg SG

Aktuelle Woche: 2,10 EUR

(03.01.2024)

Vorwoche: 2,10 EUR

Tierärzte Wonsees GmbH
Kulmbacher Str. 17
96197 Wonsees
www.tieraerzte-wonsees.de

Serviceteam Alsfeld
An der Hessenhalle 1
36304 Alsfeld
www.sta-alsfeld.de



[Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.](#)